

in der Luft erst einmal auf den Herbst 1993 vertagt.

Der Gemeinsame Markt ist zum 1. Januar 1993 nicht mehr als ein Torso, dessen fehlende Teile allerdings zu erraten sind. Noch besteht etwa jedes Land darauf, die eigenen Arzneimittel selbst zu testen und, nur für sich, zuzulassen. Andererseits ist der Markt für Banken und Versicherungen von Neujahr an nahezu grenzenlos zugänglich. Die Dritte Lebensversicherungsrichtlinie, mit der die Prinzipien der gegenseitigen Anerkennung nationaler Regelungen und die Niederlassungsfreiheit der Versicherer besiegelt werden sollen, tritt allerdings erst Mitte 1994 in Kraft.

Erst Ende 1996, so die Planung, soll versucht werden, auch im gewerblichen Warenhandel die Besteuerung im Herkunftsland durchzusetzen. Erst 1997 soll für Kraftfahrzeuge eine einheitliche EG-Zulassung eingeführt werden. Frühestens 1994 können Europas Spediteure wirklich europaweit agieren und überall in der Gemeinschaft Waren abliefern und aufnehmen. Bis dahin bleibt Kabotage verboten, und so müssen Spediteure im internationalen Verkehr weiterhin etwa jeden dritten Lkw auf den überlasteten Straßen leer fahren lassen.

Es wird also noch etwas dauern, bis es – nach den Regeln eines Gemeinsamen Marktes – tatsächlich egal ist, ob sich ein Deutscher in Hamburg oder Berlin, Rom oder Lissabon betätigt. Und selbst wenn eines Tages alle Freiheiten verwirklicht sind, die Gemeinsamkeiten sind nicht nur eine Frage des Angebots.

„Wie der Binnenmarkt funktioniert“, so eine Beratergruppe, die für die EG-Kommission das Verhalten im Gemeinsamen Markt untersuchen sollte, „hängt vor allem davon ab, wie sich die Verbraucher mit ihren Kaufentscheidungen und die Unternehmen mit ihren Investitions- und Vermarktungsstrategien verhalten.“

Tatsächlich nützt ein offener Markt wenig, wenn etwa Verbraucher von der Wirksamkeit der Qualitätskontrollen in anderen Ländern nicht überzeugt sind und bei den heimischen Produkten bleiben. Freizügigkeit macht nur dann Sinn, wenn der Arbeitnehmer mobil genug ist, in ein anderes Land zu wechseln. Die lokale Abschottung der Märkte für öffentliche Aufträge – immerhin 15 Prozent der Gesamtinvestitionen in der Gemeinschaft – bleibt so lange bestehen, wie Unternehmen die neuen Transparenzvorschriften für EG-weite Ausschreibungen ignorieren.

Der Gemeinsame Markt allein wird den Wohlstand nicht bringen, den der Optimist Cecchini prophezeit hat. Viel hängt davon ab, ob es den Europäern gelingt, ihr Denken und Handeln dem großzügigen ökonomischen Angebot anzupassen.

Minister

Dringlicher Fall

Empfehlungen für ein Produkt seines Schwippvetters, mehr noch seine unbeholfenen Ausreden bringen Wirtschaftsminister Möllemann in Bedrängnis.

Jürgen W. Möllemann hat Affären, obskure Beziehungen und skandalträchtige Auftritte in reicher Zahl überstanden.

Jetzt könnte dem liberalen Wirtschaftsminister und Vizekanzler eine Petiteesse zum Verhängnis werden. Vor dem Höhepunkt seiner Polit-Karriere, mitten im Kampf um den FDP-Vorsitz, reißt er sich mit ungeschickten Dementis und unglaubwürdigen Erklärungen selber in den Schlamassel.

Sein Konkurrent um den Parteivorsitz, Außenminister Klaus Kinkel, kann beruhigt sein: Möllemann ist außer Konkurrenz. Daß er das Regierungsamt noch lange halten kann, bezweifeln selbst Beamte seines Hauses und Parteifreunde.

Ganz harmlos begann die Sache, im Februar dieses Jahres. Da meldete sich ein Vetter der Ministergattin Carola, Hubert Appelhoff aus Kall in der Eifel. Er bat um Hilfe für eine umwerfende Erfindung: Ein Chip am Schlüsselanhänger, für 2,50 Mark vom Konsumenten zu erwerben, könne das Marktstück ersetzen, das man im Su-

permarkt in den Schlitz des Einkaufswagens werfen muß, aber nie zur Hand hat.

„Ein pfliffiges Produkt“, hieß es mit Möllemanns Unterschrift in einem Brief auf Minister-Papier an die Chefs der großen deutschen Handelsketten. Die sollten sich mit Appelhoff und Partner zusammensetzen. Die Kaufleute nahmen die amtliche Aufforderung ernst.

Nicht so Möllemann, als die Sache kurz vor Weihnachten im Stern ankam. Den Vorwurf der „Vetternwirtschaft“ will er nicht auf sich sitzen lassen, von dem Brief mit seiner Unterschrift will er nichts gewußt haben. „Stinksauer“ stritt er alles rund-



Gewerbe-Förderer Möllemann
„Ein pfliffiges Produkt“



Möllemann-Verwandter Appelhoff (r.), Partner Körfggen: „Ein Witz“

Der Vetter aus Dingsda

RUDOLF AUGSTEIN

Manche Dinge erledigen sich von selbst. Hat Bundeswirtschaftsminister Jürgen W. Möllemann, 47, vorige Woche noch öffentlich darüber spekuliert, ob er nicht lieber Vorsitzender seiner Partei werden solle, anstatt Wirtschaftsminister zu bleiben, so haben sich derlei Spekulationen jetzt erübrigt. Man muß kein Hellseher sein, um vorauszusagen, daß er nach der nächsten Bundestagswahl weder Wirtschaftsminister noch Vizekanzler in einer neuen Bundesregierung sein wird.

Er wird sich bis dahin sogar abmühen müssen, überhaupt noch einen Wahlkreis, der ihn aufstellt, und einen sicheren Platz auf einer Landesliste zu finden. Denn obwohl wahrscheinlich kein Abgeordneter der FDP mehr direkt gewählt werden kann, hat sich in dieser Partei die Tradition herausgebildet, daß nur ein Bewerber in den Bundestag gelangt, der auch in einem Wahlkreis aufgestellt wurde.

Die personelle Ausdünnung der FDP wurde bereits sichtbar, als Jürgen W. Möllemann zum Bundeswirtschaftsminister avancierte, in ein Amt also, dem Ludwig Erhard und Karl Schiller Ansehen verliehen hatten und das noch nie so drittclassig besetzt war wie derzeit.

Man kann diesem gelernten Volksschullehrer eine gewisse Karrierefähigkeit nicht absprechen. Nach dem aus England übernommenen Prinzip kann hierzulande ein Studienrat Verteidigungsminister werden. Und während man von einem Justizminister wenigstens noch das zweite juristische Staatsexamen erwartet, braucht man, um Bundeskanzler zu werden, überhaupt keinen Berufsweg mehr vorzuweisen; es genügt, daß man Politiker ist.

Aber von einem Wirtschaftsminister erwartet man eine gewisse Sachkenntnis, siehe die Professoren Erhard und Schiller, siehe den Allround-Minister Schmidt. Ein Mann, der von diesem Gebiet nicht die blasseste Ahnung hat und alles erst lernen muß, wäre schon unter normalen Umständen eine allenfalls erträgliche Unmöglichkeit. Angesichts der deutschen Probleme mit der Einheit ist er hingegen eine bare Zumutung. Wie will er Vertrauen ausstrahlen, Ansehen gewinnen, wenn ihm seine Ministerialdirektoren alles vorflüstern müssen?

Und nun durften wir auch noch erleben, daß ein leibhaftiger Bundeswirt-

schaftsminister uns glauben machen will, ihm untergeordnete Mitarbeiter hätten seine offiziellen Briefbögen mißbraucht, ohne ihn davon in Kenntnis zu setzen. Wie sollte wohl ein Ministerialbeamter von sich aus auf den Gedanken kommen, Empfehlungsschreiben für einen Verwandten seines Ministers auszufertigen, ohne daß dieser ihm zumindest einen Wink gegeben hätte? Wie käme dieser Beamte dazu, Briefe mit der Blanko-Unterschrift des Ministers zu verschicken?

Blanko-Unterschriften sind in einem Ministerium ohnehin eine dubiose Sache. Für private Vetterleszwecke kann und darf es sie überhaupt nicht geben. Sollte der Minister einen solchen Mitarbeiter in seinem Amt beschäftigen, muß er mitsamt dem Mitarbeiter seinem Ministerium ade sagen.

Nicht vorhandenes Vertrauen derart zu verspielen, das ist schon eine operettenhafte Leistung – und dann noch mit Ansprüchen auf höchste Staatsämter um sich werfen. Möllemann sehen und ihm nicht vertrauen, das ist nun ein und dieselbe Sache geworden. Er kann noch nicht einmal geltend machen, sich für Bosnien eingesetzt und bei seinem Kanzler kein Gehör gefunden zu haben. Als Präsident der Deutsch-Arabischen Gesellschaft, der er bis zu seinem Einzug ins Wirtschaftsministerium vorstand, war Jürgen Möllemann mehr als ausgelastet.

Der FDP bekommt offenkundig die Aussicht nicht, ihren sicheren Nischenplatz im nächsten Bundestag wieder einnehmen zu können. Auch von Politikverdrossenheit kann hier kaum noch gesprochen werden. Die Partei wird sich entschließen müssen, den Vorsitzenden ihres mitgliederstärksten und finanziell am besten gepolsterten Landesverbandes Nordrhein-Westfalen fallenzulassen.

Er ist noch jung und hat seine Befähigung für ein allzu freies Wirtschaften nachgewiesen. Tunlichst sollte er dem nächsten Deutschen Bundestag nicht mehr angehören. Wenn aber doch, so gibt es auch für ihn Trost. In wenigen Jahren wird die Öffentlichkeit vergessen haben, was er sich jetzt geleistet hat. Dann kann er sich zu neuen Leistungen aufschwingen. In der Geschichte der Bundesrepublik gibt es dafür spektakuläre Beispiele en masse.

um ab. Doch das Dementi des Ministers will und kann niemand so recht glauben.

„Mitarbeiter“ hätten zwar die Briefe an co op, Aldi, Rewe „in bestem Glauben“, aber „ohne mein Wissen“ mit unterschriebenen Blankobögen gefertigt. Die hinterlasse er, vor Reisen, „für dringliche Fälle“. Nichts habe er gewußt vom Vetter aus Kall.

Das nehmen ihm allerdings nicht einmal der liebe Verwandte und sein Kompagnon Viktor Körfggen ab. Möllemanns Mitarbeiter hätten ihnen versichert, den Herrn Minister zu informieren.

Körfggen: „Warum Möllemann sagt, er weiß von nichts, versteh' ich nicht.“ Das sei doch „ein Witz“.

Auch den erfahrenen Regierungssprecher Dieter Vogel, der zuvor fast 20 Jahre im Wirtschaftsressort arbeitete, vermag Möllemanns Aussage offenkundig nicht zu überzeugen. „Das gab's in seltenen Einzelfällen“, erinnert er sich an Blankobriefe, „aber nur mit dem Minister abgesprochen.“

Möllemanns Ausrede entwertet sich zudem selbst. Ein dringlicher Vorgang, wie er es darstellt, war der Auftritt des Schwippcousins mitnichten. Gut sechs Wochen lang sprachen Appelhoff und Körfggen immer wieder mit Ministerialen, bis der Bittbrief endlich geschrieben war. Selbst die Fachabteilung befaßte sich mit dem 2,50-Mark-Chip – ohne den Chef zu informieren, wie nett man sich um den Vetter seiner Gattin kümmerte?

„Sag alles so, wie es ist, und steh es durch“, empfahl Hans-Dietrich Genschler seinem politischen Zögling. Daß der den Rat befolgt, glaubt selbst in seinem Ressort kaum jemand.

Entweder handeln Möllemann-Mitarbeiter stets „in gutem Glauben“, das Einverständnis ihres Chefs zu haben, wenn sie Werbebrieve, zumal für die Ministerverwandtschaft, verschicken; „ein Rücktrittsgrund“, findet SPD-Fraktionsgeschäftsführer Peter Struck.

Oder Möllemann wußte vom Brief – und lügt heute. „Dann“, so Struck, „muß er erst recht zurücktreten.“ Im Januar wird sich der Liberale vor dem Bundestag erklären müssen.

Kanzler Helmut Kohl hat die Aufregung um seinen Stellvertreter „gelassen und unkommentiert“ (ein Berater) aufgenommen. „Wir hatten die Dienstwagenaffäre von Rita Süßmuth“, heißt die Devise im Kanzleramt, „die FDP hat jetzt die Einkaufswagenaffäre Möllemanns.“

Doch unter den Liberalen ging es schon los: „Skandalös“, schimpfte Hildegard Hamm-Brücher. Über die „Vetternwirtschaft“ beklagte sich der Hamburger FDP-Chef Robert Vogel, „äußerst fragwürdig“, befand die Abgeordnete Margret Funke-Schmitt-Rink.

Über Nacht haben Möllemann alte Schatten eingeholt: Immer wieder schien

der Umtriebige ungeniert Amt und Geschäft miteinander zu verquicken.

Mal warb der Staatsminister Möllemann an Genschers Seite im Außenamt auf offiziellen Briefbögen bei Bonner Kabinettskollegen für die ihm verbundene PR-Agentur „Markt & Meinung“ in Meerbusch. Dann diente er sich der in Turbulenzen geratenen Brauerei „Germania“ in seiner Heimatstadt Münster als Edel-Pils-Werber an. Zu den eher harmlosen Gags zählte das Eintreten des damaligen Bildungsministers für die Deutsche Süßwarenindustrie, Fachsparte Knabberartikel.

So recht in den Affärenstrudel war Genschers einstiger Minenhund geraten, als er dem SPIEGEL 1984 per einstweiliger Verfügung die Behauptung verbieten ließ, er habe „sein Amt als Staatsminister und seine privaten Geschäfte miteinander verquickt“.

Es bedurfte damals massiver Interventionen von Ziehvater Genscher, um Möllemann halbwegs vom Odium anrüchiger Geschäftspraktiken reinzuwaschen. Mentor Genscher war es auch, der Möllemann schließlich überredete, das Amt als Präsident der „Deutsch-Arabischen Gesellschaft“ niederzulegen.

Der Fallschirmspringer mußte sich damals vorhalten lassen, sich als Amtsinhaber für lukrative Geschäfte im arabischen Raum stark gemacht zu haben. Arabien-Fan Möllemann offenerzig: „Dort gebe ich Firmen Rückendeckung, dort mache ich die Türen auf.“

Für die eigene Familie freilich will Möllemann schon damals „nichts, rein gar nichts“ getan haben. Denn als Bruder Willi im Januar 1984 im saudi-arabischen Dschidda als Repräsentant der norddeutschen Exportmetzgerei Anness auftauchte, bestritt der damalige Staatsminister in Bonn, den Job vermittelt zu haben: „Er hat mich bisher nur einmal um ein Visum gebeten, das war's.“

Der frühere Anness-Geschäftsführer Axel Schauder hingegen erläuterte unbefangen, warum seine Firma den Willi unter Vertrag genommen habe – „wegen des Namens“.

Inzwischen hat der Name Möllemann offenbar an Glanz verloren. Die ministeriellen Empfehlungsschreiben, klagt Vetter Appelhoff, hätten „gar nichts gebracht“.

Im Gegenteil. Der Preis für das „pffiffige Produkt“ mußte jetzt von 2,50 Mark auf 99 Pfennig herabgesetzt werden.

Auch ein Versuch des Einkaufswagen-Duos, Arbeitsminister Norbert Blüm einzuschalten, schlug fehl. „Ich hab' mich da genauso gemeldet wie im Wirtschaftsministerium“, wundert sich der Möllemann-Verwandte, „aber da ist nie was draus geworden.“

CDU

Titanic auf dem Rhein

Rechte CDU-Abgeordnete wollen die Abgrenzung zu den Republikanern lockern.

Henrich Lummer, 60, CDU-Rechtsaußen, hat endlich wieder ein Erfolgserlebnis: Er sieht sich umschmeichelt und umworben.

Seit der alt-konservative frühere Innensenator Berlins Anfang Dezember auf einem Rheinschiff das „Deutschland-Forum“ gründete und knapp 200

Unter dem Vorwand, der Union müßten verlorengegangene sittliche Normen wiedergegeben werden, verbreitet das Deutschland-Forum Thesen und Themen, die auch in der Wortwahl fatal an die Republikaner von Franz Schönhuber erinnern. Die Partei müsse vor der „kleinen Kaste der Linksintellektuellen, die ihr eigenes Volk nicht leiden können“ (Lummer), gerettet werden.

Die Rettung nach Lummer-Rezept heißt: Innerhalb der Christenparteien wird ein Brückenkopf zu den Ideen der rechtsradikalen Republikaner errichtet. Deren Gedankengut hält Lummer für „Fleisch von unserem Fleische“.

Mit Lust an kraftvollen Sprüchen, markig und auf Biertischniveau, wollen CDU/CSU-Parlamentarier aus Bonn,



Gründungsfahrt des Deutschland-Forums*: „CDU-boat people“

Gleichgesinnte um sich scharte, geht reichlich Fan-Post bei ihm ein. Da beglückwünscht ihn ein 27jähriger Student, daß „ein Zeichen gegen den Zeitgeist“ gesetzt sei. Ein Bonner Professor gratuliert: „Nun finden CDU-Mitglieder wieder eine politische Heimat.“

Nur Kanzler Helmut Kohl zeigt sich wenig erfreut über das Comeback von „Heinrich fürs Grobe“. Er hatte den Recht-Haber, der sich mit manchem Bestechungsgeruch und seltsamen Stasi-Abenteuern im Gespräch hielt, längst im politischen Abseits gewöhnt. Nun findet der radikale Christdemokrat, der seine Partei nach wie vor im Bundesrat vertritt, neue Anhänger innerhalb wie außerhalb der eigenen Christenpartei.

Landtags- und Kreistagsabgeordnete eine Politik gegen die Andersgläubigen in der Partei, die „Herz-Jesu-Marxisten“ (Ex-Gründungsmitglied Helmut Walther), durchsetzen. In ihrem 20-Punkte-Programm wettern sie gegen den Zeitgeist und schwärmen vom „deutschen Vaterland“ anstelle einer „multikulturellen Utopie“. Statt „Klassenkampf-rhetorik“ der Gewerkschaften träumen sie von sauberem Mittelstand und der Idylle bäuerlicher Familienbetriebe. Statt auf Friedensdemonstranten bauen sie auf wehrhafte Soldaten.

Die Schamgrenze, die ihnen die Zugehörigkeit zur CDU zieht, haben Lum-

* Stehend: Klaus Jäger; vorn sitzend: Helmut Walther, Wilfried Böhm, Heinrich Lummer.